

Nr. 15/873

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Grundlagen für ein lebenslanges Lernen in Bremen und Bremerhaven ermöglichen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. November 2001
(Drucksache 15/875)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2002
(Drucksache 15/1073)
2. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bildung
3. Nachhaltige Fischereiwirtschaft
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD
vom 18. Januar 2002
(Drucksache 15/1043)
4. Konsequenzen aus der internationalen Pisa-Vergleichsuntersuchung für Bremen ziehen
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 24. Januar 2002
(Drucksache 15/1045)
5. Lkw-Maut gefährdet zahlreiche deutsche Arbeitsplätze im Güterkraftgewerbe
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. Januar 2002
(Drucksache 15/1046)

Nr. 15/874

Fragestunde

1. Personenschutz des Innensensors
Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Januar 2002
2. Umsteigemöglichkeiten am Bahnhof Burg
Anfrage der Abgeordneten Kastendiek, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 29. Januar 2002
3. Machbarkeitsstudie für ein citynahes Medienzentrum
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Dr. Helga Trüpel, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Januar 2002
4. PCB-Untersuchungsprogramm endlich beginnen!
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Doris Hoch, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Januar 2002

5. Umgang mit Ausländerakten bei Einbürgerung
Anfrage des Abgeordneten Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Januar 2002
6. Gesundheitsrisiken durch Einführung von UMTS (Universal Mobile Telecommunication System)
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Doris Hoch, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Januar 2002
7. Dubiose Praktiken in der Kassenärztlichen Vereinigung
Anfrage der Abgeordneten Doris Hoch, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Januar 2002
8. Stadt Bremen: Ende der Geschichte?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Kuhn, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Januar 2002
9. Millionenablöse für Ocean-Park-Blaupausen?
Anfrage der Abgeordneten Schramm, Dr. Helga Trüpel, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Februar 2002
10. Atomtransporte über bremische Häfen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Schramm, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Februar 2002

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Neustruktur der Seeämter
Anfrage der Abgeordneten Kastendiek, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 5. Februar 2002
12. Befristete Arbeitsverträge an den den bremischen Hochschulen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Kuhn, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Februar 2002
13. Informationen über Fehlzeiten in der Schule
Anfrage der Abgeordneten Ulrike Hövelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 7. Februar 2002
14. Betreuungs- und Suchdienst für erwachsene Adoptierte und Pflegekinder
Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Almut Haker, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 13. Februar 2002
15. Abbau von öffentlichen Telefonzellen in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Knäpper, Pfahl, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 13. Februar 2002
16. Tierseuchenbekämpfung im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Imhoff, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 13. Februar 2002
17. Fördermaßnahmen gegen Sitzenbleiben
Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 13. Februar 2002

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 15/875

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 15/876

Zukunft der Europäischen Strukturfonds

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. Dezember 2001
(Drucksache 15/1007)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2002

(Drucksache 15/1055)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/877

Bremen in T.I.M.E.

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. November 2001
(Drucksache 15/903)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2002

(Drucksache 15/1064)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/878

Verkehrssicherheit im Lande Bremen stärken

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 28. November 2001
(Drucksache 15/920)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2002

(Drucksache 15/1050)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/879

Opfer von Zwangsprostitution kompetent beraten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. August 2001
(Drucksache 15/796)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/880

Opfer von Zwangsprostitution kompetent beraten

Bericht des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau
vom 14. Februar 2002
(Neufassung der Drs. 15/915 vom 26.11.01)
(Drucksache 15/1066)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau Kenntnis.

Nr. 15/881

Menschenhandel und Zwangsprostitution konsequent bekämpfen – Verbrechensgewinne abschöpfen – Opfer kompetent beraten

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 12. Februar 2002
(Drucksache 15/1063)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat darzulegen, welche Maßnahmen zur verstärkten Bekämpfung von Frauenhandel und Zwangsprostitution sowie zur Abschöpfung von aus diesen Verbrechen resultierenden Gewinnen inzwischen eingeleitet bzw. umgesetzt wurden und welche weiteren Schritte wann zur Intensivierung dieses Ermittlungsschwerpunktes bei Polizei und Staatsanwaltschaft geplant sind.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, dem Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau vom Haushaltsjahr 2002 an eine jährliche Übersicht über die im Kontext von Frauenhandel und Zwangsprostitution realisierten Vermögensbeschlagnahmen und Gewinnabschöpfungen vorzulegen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat darzulegen, inwieweit diese möglichen Einnahmen aus Vermögensbeschlagnahmen und Gewinnabschöpfung auch zur Finanzierung von Maßnahmen verwendet werden können, die auf die Bekämpfung der Verbrechen Frauenhandel und Zwangsprostitution zielen bzw. der Beratung und Betreuung der Frauen dienen, die Opfer dieser Verbrechen geworden sind.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass es in Bremen verschiedene Einrichtungen und Hilfsangebote für Opfer von Gewalttaten sowie für Frauen in anderen Notsituationen gibt. Die im Land Bremen vorhandenen Angebote für Opfer von Gewalttaten und Frauen in anderen Notsituationen können eine fachkompetente, unabhängige Beratung für die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution jedoch nicht ersetzen. Unabhängige Beratungsstellen gibt es z. B. in Hamburg, Hannover, Frankfurt, Köln usw.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, insbesondere in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Frauenhilfe, der BEK, der Diakonie sowie dem Verein Nitribit e. V. ein niedrigschwelliges Beratungs- und Hilfsangebot für die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution zu konzipieren sowie einen entsprechenden Finanzierungsvorschlag zu entwickeln.

Nr. 15/882

Erarbeitung eines bremischen Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 12. Dezember 2001
(Drucksache 15/1032)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. das Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat konstruktiv zu begleiten,
2. auf der Grundlage des Bundesgesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen ein bremisches Landesgesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen zu erarbeiten,
3. in die Erarbeitung des Landesgesetzes sowie in die Überprüfung vorhandener Gesetze und Verordnungen unter Federführung der Deputation für Soziales, Jugend und Senioren die betroffenen Deputationen und Ausschüsse sowie externen Sachverständigen zum Beispiel von Behindertenverbänden und anderen Fachleuten einzubeziehen,
4. kurzfristig eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die bestehende Landesgesetze und Verordnungen auf deren Novellierungsbedarf im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen überprüft,
5. dafür Sorge zu tragen, dass in bremischen Gesetzes- und Verordnungsnovellierungen, die sich zurzeit im Verfahren befinden, die Zielsetzungen bzw. Anforderungen des Bundesgesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen berücksichtigt werden.

Nr. 15/883

Gleichstellung behinderter Menschen – Einsetzung eines Parlamentsausschusses

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Februar 2002
(Drucksache 15/1075)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/884

Selbstbewusste Kinder fühlen sich sicherer

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 13. Dezember 2001
(Drucksache 15/1033)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2002

(Drucksache 15/1065)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/885

Beteiligung Bremens an der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Marktzugang für Hafendienste

Bericht und Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen
im Lande Bremen
vom 19. Dezember 2001
(Drucksache 15/1035)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen (Hafenausschuss), die Beratungen des Europäischen Parlamentes zu begleiten und der Bürgerschaft (Landtag) zu gegebener Zeit erneut einen Bericht zu erstatten und gegebenenfalls eine entsprechende Resolution vorzulegen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen Kenntnis.